

vorwärtsEXTRA



SCHWARZ-GELB REGIERT MIT DEM RASENMÄHER

Nun ist die Katze aus dem Sack: Schwarz-Gelb macht Kahlschlagpolitik ohne Konzept und Augenmaß. Die SPD-Fraktion kündigt einen konstruktiven Oppositionskurs und ein eigenständiges Konsolidierungskonzept an.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihr Konzept zur Konsolidierung des Haushalts vorgelegt. Eine Protestwelle ist die Folge – von den Poli-

zisten, über die Beschäftigten der Universitätskliniken bis zu den Eltern von Kindern im Kita-Alter.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner, kündigte als Oppositionsführer einen konstruktive Kritik an. Die Haushaltskonsolidierung in Schleswig-Holstein sei dringend notwendig, so Ralf Stegner. Er verwies auf das drastische Ungleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben, die Schuldenbegrenzung in der Landesverfassung, die Haushaltsrisiken aus der Wirtschafts- und Finanzkrise und die Notwendigkeit, Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu erhalten.

Nachhaltig und gerecht sparen

Gleichzeitig forderte er ein Konzept, das nachhaltig und gerecht sein müsse. Dazu müssten die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Ausgabenkürzungen sollten sich auf nachrangige Politikbereiche konzentrieren. Weiter müssten notwendige Strukturveränderungen wie Verwaltungsreform und Bürokratieabbau angepackt werden.

Ralf Stegner: „Gerecht ist der Haushaltskonsolidierungskurs nur, wenn die Maßnahmen weder eine soziale noch regionale Schlagseite haben und diejenigen

am stärksten belasten, die das am besten verkraften können.“

In wichtigen Zukunftsbereichen wie Bildung, Kinderbetreuung, Klimaschutz, wo nicht gekürzt werden dürfe, sondern vielmehr weiter investiert werden müsse, passiert entweder gar nichts oder es wird erheblicher Rückschritt beschlossen. (Siehe Kasten links).

„An manchen Stellen wird zu wenig gekürzt und an anderen irreparabler Schaden angerichtet“, kritisiert Ralf Stegner. Rasenmäherkürzungen würden teilweise den Tod kleiner Initiativen und Einrichtungen bedeuten. Besser sei es, eine Förderung, die nicht benötigt wird, ganz zu streichen.

Prozentuale Kürzungen müssten sich vor allem an der Leistungsfähigkeit der Zuwendungsempfänger orientieren. Die soziale Schlagseite mancher Kürzungen, etwa für Blinde, behinderte Menschen, Wohlfahrtsverbände, Studentenwerk und Frauenberatungsstellen, sei nicht zu übersehen.

Verwaltungsreform: Fehlanzeige

„Dringend notwendige Strukturveränderungen im Bereich von Verwaltungsreformen werden überhaupt nicht angegangen. Zur konkreten Aufgabenverlagerung

vom Land auf Kommunen und größere Ämter erfährt man nichts“, stellt der Oppositionsführer fest. Konkreten Bürokratieabbau gebe es nicht, konkrete Initiativen im Kontext von neu zu ordnenden Bund-Länder-Zuständigkeiten fehlten.

Keine Einnahmeverbesserungen

Ralf Stegner mahnt in diesem Zusammenhang auch die Rücknahme der Steuerergeschenke für Hoteliers und reiche Erben und eine Bundesrats-Initiative zur Änderung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes an. „Zu dringend erforderlichen Einnahmeverbesserungen findet sich im Papier der Regierung nahezu nichts – au-

ßer dem vagen Hinweis, dass man nicht auch noch zusätzliche Steuersenkungen vorschlagen will“, moniert der Fraktionsvorsitzende. „Wir stehen für Einnahmeverbesserungen, zum Beispiel mittels Spekulations- und Vermögenssteuer sowie einer Abgabe auf Kernbrennstoffe für Atomkonzerne.“

Bei einem strukturellen Defizit von über einer Milliarde Euro und drastischen Strukturschwächen in einzelnen Kommunen sei eine nachhaltige Lösung ohne eine faire Altschuldenregelung aussichtslos, so Ralf Stegner. Er forderte eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs statt einer Politik gegen die Städte, wie im Landesentwicklungsplan. ■



Universität Flensburg: Pläne der Landesregierung beschädigen den Hochschulstandort.

HIER SOLL GESTRICHEN WERDEN

Die „Giffliste“ der schwarz-gelben Koalition umfasst insgesamt 45 Seiten. Hier einige Beispiele:

- Das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr entfällt ab August 2010.
- Die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit werden auf 85 Prozent gekürzt.
- Das Land übernimmt künftig keine Kosten für die Schülerbeförderung mehr.
- Die Unterrichtsstunden für Lehrkräfte werden heraufgesetzt.
- Die Universität Flensburg verliert ihre wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge.
- An der Universität Lübeck werden keine Mediziner mehr ausgebildet.
- Die Universitätskliniken sollen privatisiert werden.
- Die Altersgrenze für den Ruhestand im Polizei- und Strafvollzugsdienst wird von 60 auf 62 Jahre angehoben.
- Die Zuschüsse für Frauenberatungseinrichtungen werden gekürzt.
- Die Zuwendungen für die Stiftung Naturschutz werden fast halbiert. ■

REAKTIONEN AUS DEM LAND

■ Das Präsidium der Universität Flensburg hält die Absicht, die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge einzustellen, für falsch und verhängnisvoll. Die Verwirklichung dieser Absicht wäre für Flensburg und den Landesteil Schleswig eine bildungs- und strukturpolitische Katastrophe und zudem ein Affront gegen Dänemark.

■ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ruft zum Streik auf. Am 3. Juni wollen überall im Lande Lehrerinnen und Lehrer nach der 3. Stunde die Arbeit niederlegen,

um sich aktiv gegen weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu wehren und für bessere Bildung einzutreten.

■ Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di Nord) kritisiert den Vorstoß der CDU/FDP-Landesregierung, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zu verkaufen, auf das Schärfste und ruft zu ersten Protestkundgebungen in Lübeck und Kiel auf. Eine jetzige Diskussion zum Verkauf des UK S-H sei ein Schlag ins Gesicht der mehr als 10 000 Beschäftigten. ■



Die Organisatoren hatten Grund zur Freude. Auf dem Glückstädter Marktplatz drängten sich die Menschen. Heike Kühl (links) hatte in Glückstadt an der Elbe die Menschenkette mit organisiert. Bei David Siedke liefen in Kiel die Fäden aus den SPD-Kreisverbänden und Ortsvereinen zusammen. Die stellvertretende Kreisvorsitzende Kristin Fuchs und Juso-Kreisvorsitzender Arne Engelbrecht hatten im Kreis Steinburg die Genossinnen und Genossen mobilisiert.

ERFOLGREICHE MENSCHENKETTE

120 000 Menschen haben am 24. April ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt gegen die Atomindustrie. Von Brunsbüttel bis Krümmel, über 120 Kilometer, reichte die Menschenkette. „All diese Menschen zeigen der schwarz-gelben Regierung, dass man raus muss aus der

Atomkraft“, sagte Landesvorsitzender Ralf Stegner, der auch an der Demonstration teilnahm. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sprach auf einer Kundgebung in Elmshorn: „Wer alte Pannreaktoren länger laufen lassen will, spielt mit der Sicherheit der Menschen.“ ■

FEURIGER REDNER BEI DER AFA

Ein Zeichen der Verbundenheit zwischen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie der Sozialdemokratie war der fünfte Arbeitnehmerempfang am 29. April im Kieler Gewerkschaftshaus. Rund 100 Gäste konnte Wolfgang Mädels als Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) begrüßen.

SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner rief zum Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung auf: Schwarz-Gelb öffne der Privatisierung der Sparkassen Tür und Tor, plane das Universitätsklinikum zu privatisieren, bekämpfe die Gemeinschaftsschulen, erhöhe die Pflichtstundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer und stelle das gebührenfreie Kita-Jahr wieder zu Disposition.

Gastredner Uwe Hück, Betriebsratsvorsitzender bei

Porsche, als feuriger Redner und weit über die Grenzen seines Betriebes hinaus bekannt als „kämpferprobter“ Metaller, machte seinem Ruf alle Ehre. Authentisch in seiner Art forderte er den Erhalt des Sozialstaates, und dass breite Schultern mehr zu tragen haben als Schwache.

Wachwechsel bei der IG Metall Kiel

Nach 18 Jahren als Bevollmächtigter der IG Metall Kiel wird Wolfgang Mädels Ende Juni in die Freistellungsphase

der Altersteilzeit gehen. Seine Nachfolge wird Peter Seeger, zur Zeit Bevollmächtigter in Neumünster, antreten.

Ralf Stegner lobte Wolfgang Mädels als aufrechten Kämpfer für Arbeitnehmerrechte. Er habe in schwierigen Situationen mit seinem klaren Kurs und seiner persönlichen Integrität viel für die Kolleginnen und Kollegen erreicht und vor allem viele Arbeitsplätze in Kiel sichern geholfen. Den AfA-Landesverband wird Wolfgang Mädels weiterhin leiten. ■



Uwe Hück, Wolfgang Mädels und Ralf Stegner machen sich für Arbeitnehmerrechte stark.

SORGE UM DIE SPARKASSEN IM LAND

Die geplante Änderung des Landes-sparkassengesetzes in Schleswig-Holstein wird von Sparkassen- und Verbandsvertretern sehr kritisch betrachtet. Dies wurde in einem Gespräch der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeord-

neten in Berlin mit Spitzenvertretern der Geldinstitute deutlich.

Die christlich-liberale Koalition in der Bundeshauptstadt ist nach langem Zögern endlich auf den Kurs der SPD eingeschwenkt: Sie will sich für die verstärkte Regulierung der Finanzmärkte ein-

setzen. Dagegen bereitet die Landesregierung in Kiel eine Gesetzesänderung vor, die das Einfallstor für eine Privatisierung der Sparkassen sein kann.

„Die Landesregierung spielt mit dem Feuer. Sie gefährdet leichtfertig das öffentlich-rechtliche Spar-

kassenwesen nicht nur in Schleswig-Holstein, und das, nachdem die Sparkassen sich gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise als stabilisierender Faktor im deutschen Finanzwesen bewiesen haben“, sagte die Abgeordnete Bettina Hagedorn, stellvertretende haushalts- und kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Der Gesetzentwurf ist darauf zugeschnitten, der Haspa Finanzholding eine Stammkapital-Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Die Landesregierung sieht in der Haspa Finanzholding eine öffentliche Einrichtung. An dieser Einschätzung bestehen aber große Zweifel. Die EU-Kommission wird das Gesetz nach der Verabschiedung prüfen. Experten erwarten, dass sie die Haspa Finanzholding als privaten Investor einstuft. „In diesem Fall kann jede private

Bank darauf klagen, sich bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen reinkauf zu dürfen. Das könnte ein bundesweiter Flächenbrand werden“, warnt Götz Bormann, Vorstandsvorsitzender der Förde Sparkasse.

„Das Gesetz passt zum Sparpaket der Landesregierung. Das Geld, das die Kommunen vom Land nicht mehr bekommen werden, sollen sie sich jetzt durch den Verkauf von Sparkassenanteilen holen“, erläutert Bundestagsabgeordneter Hans-Peter Bartels die Hintergründe. Ihren öffentlich-rechtlichen Status würden die Sparkassen durch die Beteiligung von privaten Banken allerdings verlieren. „Hiermit wäre auch ihre wichtige Funktion als regionaler, verlässlicher Kreditgeber für mittelständische Unternehmen und als vertrauenswürdiger Finanzpartner für die Bürgerinnen und Bürger in Gefahr“, warnt Hagedorn. ■

NEUE MITGLIEDER KIEKEN RIN



50 Neumitglieder konnten sich am 8. Mai 2010 im „Kiek In“ in Neumünster umfassend über die Arbeit des Landesverbandes und fast aller SPD-Arbeitsgemeinschaften informieren. Die SPD-Landtagsfraktion war durch Jürgen Weber und Andreas Beran vertreten. Nach der Gruppenarbeit der Neumitglieder nahmen Landesvorsitzender Ralf Stegner und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften zu inhaltlichen und organisatorischen Fragen Stellung. Für alle war der gelungene Vormittag eine weitere politische Plattform, um sich einmal landesweit untereinander auszutauschen. ■

MEHR EINFLUSS FÜR EUROPAS BÜRGER

Der Lissabonner Vertrag hat die Möglichkeit geschaffen: Mit einer „europäischen Bürgerinitiative“ können eine Million Unionsbürger aus mehreren EU-Staaten die EU-Kommission auffordern aktiv zu werden. Dies ist eine große Chance, für mehr Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene, hob Dr. Sylvia Yvonne Kaufmann, Präsidiiumsmitglied der Europa-Union Deutschland, auf einer Veranstaltung des Europaforums der SPD Schleswig-Holstein hervor. Auch wenn noch Details zu klären seien, werde das Instrument Bürgerinitiative hoffentlich noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen.

Martin Tretbar-Endres, Sprecher des Europaforums, wies als positives Beispiel auf die aktuelle Initiative der SPD hin, gemeinsam mit der SPÖ und anderen sozialdemokratischen Parteien eine Bürgerinitiative zur europaweiten Einführung der Finanztransaktionssteuer zu starten, falls die EU-Regierungen nicht aktiv werden.

Mehr Informationen im Internet: www.spd-net-sh.de/europaforum

SCHWARZ-GELB: WAHLBETRUG UND WORTBRÜCHE

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt. Lange haben Kubicki, Carstensen und Konsorten darüber beraten. Dennoch ist das Ergebnis in weiten Teilen erstaunlich unkonkret, zum Teil schlampig oder willkürlich. Solide Berechnungsgrundlagen fehlen.

Die Koalition hat kein Konzept, wie sie die Einnahmen des Landes und der Kommunen verbessern kann. Vielmehr beharrt sie auf den Steuergeschenken, die Land und Kommunen jährlich 130 Millionen Euro kosten. Das als „historisch“ bezeichnete Einsparpaket deckt in den nächsten Jahren nicht einmal die Mehrkosten, die Schleswig-Holstein aus dem fatalen Steuerpaket dauerhaft entstehen. Weitere Einnahmen für Land und Kommunen durch konsequente Verwaltungsstrukturreform sind möglich und müssen genutzt werden. Für die SPD bleibt das auf der Tagesordnung.

Schwarz-Gelb duckt sich davor, Prioritäten zu setzen und kürzt mit dem

„Rasenmäher“ ohne soziale Verantwortung. Gestrichen wird bei der Bildung: die Beitragsfreiheit für das dritte Kita-Jahr, die Kosten für die Schülerbeförderung. Das trifft insbesondere Familien mit mehreren Kindern, die nicht zu den Besserverdienenden gehören. Wir haben es mit einer Kette von Wahlbetrug und Wortbrüchen zu tun. Das ist geradezu das Markenzeichen der Regierung Carstensen. „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird nicht gesichert, das Blindengeld gekürzt. Die Koalition trifft die Ärmsten und die Benachteiligten.

Kürzungen bei der Kultur führen dazu, dass Institutionen aufgeben müssen, treffen die Beschäftigten, die dadurch ihre Arbeitsplätze verlieren. Das gilt auch für die Privatisierungspläne für der Universitätskliniken. Private Betreiber wollen Renditen erzielen und bauen in der Regel Arbeitsplätze ab. Die Arbeitsbedingungen für das verbleibende Personal werden schlechter.

Mit dem Einfallstor für private Institute bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen stellt Schwarz-Gelb die

bewährte flächendeckende Kreditversorgung für Bürger sowie klein- und mittelständische Betriebe zur Disposition.

Die Proteste im ganzen Land werden die Ein-Stimmen-Mehrheit in der Koalition auf die Probe stellen. Wir sind sehr gespannt, ob auch alle Abgeordneten der Volkspartei CDU diesem weitgehend von der FDP diktierten Kurs folgen werden.

All dies verlangt eine solide Alternative. Unsere Vorschläge werden auch Ausgabenkürzungen enthalten, die nicht populär sind und schmerzen, aber eben auch andere Elemente. Die Details wird die SPD-Fraktion auf der Haushaltsklausur Ende Juni festlegen.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



FOTO: GABY ZIMMERMANN

OLOF-PALME-PREIS



Kreisvorsitzender Martin Habersaat, Preisträger Alfred Schulz und Birgit Kassovic mit dem Portrait Olof Palmes.

Das Reinbeker Spendenparlament, der interkulturelle Gesprächskreis Ahrensburg und Alfred Schulz – das sind die drei Gewinner des Olof-Palme-Friedenspreises 2010. Seit 1987 verleiht die SPD Stormarn den Preis an Vereine

und Personen aus Stormarn, die sich im Sinne Olof Palmes für Frieden und menschliches Miteinander engagieren. In seiner Festrede hatte Jörn Thießen Betrachtungen zur Friedenspolitik und dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan angestellt. ■

SEMINARE

SEMINAR FÜR NEUE MITGLIEDER in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente. Inhalte: Einführung in die Geschichte der SPD, Programme, Partei- und Organisationsstrukturen, Einblicke in die Kommunalpolitik. ■ 4. bis 6. November
Kostenbeitrag: 35 Euro, Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte.

KOMMUNAL AKADEMIE SH 2009 Ein Qualifizierungsangebot für kommunalpolitischen Nachwuchs. Das Trainingskonzept basiert auf drei Bausteinen: 1. Sachkompetenz, 2. Methoden- und Prozesskompetenz, 3. „Kamingespräch“ mit Parteiprominenz
■ 11. bis 13. Juni
■ 25. bis 27. Juni
■ 29. bis 31. Oktober
■ 26. bis 28. November
Dauer: Vier Wochenenden, Beginn Freitagabend 18 Uhr, Ende Sonntagmittag 13 Uhr
Kostenbeitrag: 140 Euro, Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte.
ANMELDUNG: Elfriede Marx
elfriede.marx@spd.de
Tel. 0431/90606-26
Fax: 0431/90606-41

EUROPA!

Seminar für europainteressierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
■ 2. und 3. Juli 2010
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente
www.ulrike-rodust.eu
Anmeldung: 0431/90606-22

HABERSAAT IM AMT BESTÄTIGT

Martin Habersaat bleibt Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Stormarn. Über 90 Prozent der Delegierten votierten für den 33-jährigen Landtagsabgeordneten. Susanne Danhier und Reinhard Niegengerd sind seine Stellvertreter. ■

SGK-FACHTAGUNG AMTSORDNUNG

Mit Maren Thomsen, Landesverfassungsgericht, und Marc Ziertmann, Städteverband Schleswig-Holstein.
11. Juni 2010, 18 Uhr
Neumünster, Holstenhallen-Restaurant.
Anmeldung: 04621-27110,
sgk-landesverband-sh@spd.de

ÄLTESTES NEUMITGLIED IN NEUMÜNSTER

Erwin Elias ist mit 85 Jahren das älteste Neumitglied des Jahres. „Seine Tochter Margrit, 63 Jahre, hat er gleich mitgebracht“, freut sich Neumünsters Kreisvorsitzender Andreas Hering. Die beiden Neuen sind immer überzeugte Sozialdemokraten gewesen und haben sich jetzt entschieden, ordentliche Mitglieder in der SPD zu werden. ■

FAMILIENSOMMER 2010

Sonntag, 11. Juli 2010, ab 10 Uhr
Erlebniswald Trappenkamp (Daldorf)
Spiel, Spaß und Abenteuer.
EINTRITT FREI!

FLENSBURG SETZT AUF THEDE BOYSEN

Am 31. Oktober wählen die Bürgerinnen und Bürger Flensburgs den Oberbürgermeister. Die Sozialdemokraten in Deutschlands nördlichster Stadt gehen mit einem waschechten Flensburger ins Rennen. Thede Boysen ist in Flensburg aufgewachsen. Nach dem Studium der Verwaltungswissenschaft hat er vielfältige Berufserfahrung in den Bereichen Kommunal- und Landespolitik erworben.

Das deutsch-dänische Grenzgebiet kennt er als früherer Leiter des Regionskontors Sønderjylland/Schleswig. Seit 2005 ist er Leiter des Minderheitensekretariats der vier anerkannten autochthonen nationalen Minderheiten Deutschlands in Berlin.



Thede Boysen.

Der 47-Jährige möchte nicht nur verwalten. „Wir müssen die Weichen stellen für eine soziale, moderne und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Aus Zufriedenheit darf nicht Selbstzufriedenheit werden“, formuliert er sein Programm. ■
<http://thede-boysen.de>

EHRUNG FÜR HEIDE SIMONIS



Heide Simonis erhielt vom Kreisvorsitzenden Rolf Fischer (rechts) und Annika Langfeldt (links) Urkunde und Ehrennadel, sowie den kürzlich erschienen ersten Band der Geschichte der Kieler Sozialdemokratie.

Ehrungen sind Ehrensache. Mit einer zentralen Veranstaltung würdigte der SPD-Kreisverband Kiel seine Jubilarinnen und Jubilare für 2010. Ganz besonders gewürdigt wurden Erika Balzersen und Hans Schwalbach, die seit über 60 Jahren der Kieler SPD ange-

hören. „Das ist mehr als eine langjährige Mitgliedschaft, das ist ein Leben in und für die SPD“, würdigte Rolf Fischer die Jubilare.

40 Jahre ist auch Heide Simonis Mitglied, die ihre ersten politischen Erfahrungen in der Kieler Ratsversammlung machte. ■

WIR GRATULIEREN IM JUNI

ZUM 97. GEBURTSTAG:
Karl Meissner, Reinbek
ZUM 96. GEBURTSTAG:
Heinz Giese, Tornesch
ZUM 95. GEBURTSTAG:
Fritz Fuchs, Flensburg-Mürwik
ZUM 93. GEBURTSTAG:
Christian Grau, Schleswig
Anneliese Mende, Schleswig
ZUM 92. GEBURTSTAG:
Marianne Parisius, Kiel
ZUM 91. GEBURTSTAG:
Ingelotte Giese, Tornesch
ZUM 90. GEBURTSTAG:
Irma Böge, Wewelsfleth
Willy Hilbert, Preetz
Erwin Hintzpeter, Lübeck
Wilhelmine Schondorf, Lübeck
Anna-Maria Schörshusen, Ahrensburg

MITGLIEDER-KONFERENZEN

Zur Vorbereitung des Landesparteitags am 11. September 2010 führt der Landesverband drei Mitgliederkonferenzen durch.
■ Süd: 23.8., 18.30 Uhr
Lübeck, media docks
■ Nord: 24.8., 18.30 Uhr
Flensburg, Weichehuus
■ Mitte: 6.9., 18.30 Uhr
Rendsburg, Kulturzentrum

TERMINE

■ 6. Juni, 14 Uhr
Außerordentlicher Kreisparteitag Steinburg. Heiligenstedten, Zur Erholung.
■ 15. Juni, 19 Uhr
Wir streiten: Für unsere Zukunft. Diskussion des OV Kieler Mitte mit Prof. Karl Heinrich Pohl, Universität Kiel. Kiel, Walter-Damm-Haus, Kleiner Kuhberg 28-30.
■ 19. Juni, 10 Uhr
Außerordentlicher Kreisparteitag Pinneberg. Ellerhoop, Gartenbauzentrum Schleswig-Holstein, Thiensen 16.
■ 9. Juli, 19 Uhr
Jahreshauptversammlung der Kreis-AsF Rendsburg-Eckernförde mit Wahlen. Denk-Fabrik am See, Eidersteder Straße 24, 24582 Bordesholm.
■ 19. Juni, 10 Uhr
SPD-umWeltforum: Biologische Vielfalt im Jahr 2010. Owschlag, Hotel Förster-Haus.
■ 15. Oktober, 15 Uhr
SPD-60-plus Kreis Steinburg, Kreismitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes.
AWO-Begegnungsstätte Itzehoe, Markt 7.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.
Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de